15ter Jahrgang. 2tes Quartal.

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dinstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 21 Sgr. 3 Pf. vierteljährlich.
Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.



Ein Volksblatt
für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.
(Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

№ 32. Donnerstag, den 18. Mai. 1848.

Alle an die Redaktion des Oelser Wochenblattes gerichteten Briefe und Einsendungen werden von heute ab unter folgender Addresse ergebenst erbeten:

An die Redaktion des Oelser Wochenblattes, abzugeben bei dem Verleger Herrn Ludwig.

Politische Rundschau.

Wie unsern Lesern bereits aus der vorigen Nummer des Wochenblatts bekannt sein muß, hat das preußische Ministerium bei Sr. Majestät dem König auf Zurückberufung des Prinzen von Preußen angetragen. Dieser Schritt hat eine außerordentliche Aufregung und einen wahren Sturm von Protesten hervorgerufen, nicht bloß in Berlin, sondern auch in Breslau und Brieg, und wahrscheinlich werden uns die nächsten Zeitungen dasselbe von vielen andern Orten melden.

Auf den 22. Mai sind die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung gewählten Vertreter des preußischen Volkes nach Berlin einberufen worden.

Die Wahlen der Abgeordneten zum deutschen Parlament in Frankfurt a. M. sind, wie bereits mitgetheilt, wohl in ganz Deutschland jetzt beendet, ausgenommen da, wo Doppelwahlen vorgekommen sind. Leider hat sich ein Theil Böhmen's, welches bekanntlich eine gemischte Bevölkerung, Deutsche und Slaven, besitzt, der Wahlen enthalten. Die österreichische Provinz vergißt, daß sie viele Jahrhunderte lang zu Deutschland gehört hat; sie will von diesem Vaterlande sich lossagen. Unserer Ueberzeugung nach darf aber bei der Neugestaltung Deutschland's auf ganz Oesterreich nicht gerechnet werden. Denn einmal hat dasselbe öffentlich erklärt, daß es auch künftig den Beschlüssen des deutschen Bundes in Beziehung auf seine deutschen Provinzen keine bindende Kraft zuerkennen werde, daß es vielmehr für jeden Beschluß seine eigene Bestätigung sich vorbehalte. Sodann macht aber auch schon der einzige Umstand, daß die gesammte österreichische Monarchie der Staatsverfassung zufolge, welche am 25. April veröffentlicht worden ist, einen einzigen Reichstag erhalten hat, daß die deutschen Theile nicht von den slavischen gesondert worden sind, eine innige Vereinigung mit Deutschland unmöglich. Man bedenke nur, daß die Slaven im österreichischen Kaiserstaate die große Mehrzahl der Bewohner bilden, daß sie der deutschen Sache, wenn nicht feindlich, doch fremd sind und bleiben werden. Freilich hat es den Anschein, als ob sich die slavische Osthälfte des österreichischen Kaiserstaats von der deutschen Westhälfte selbst loslösen wolle; Ungarn wenigstens strebt offenbar nach diesem Ziele. Dann würde Oesterreich allerdings sein Heil im innigsten Anschluß an Deutschland suchen müssen.

In Italien dauert der Kampf zwischen den Lombarden und Sardiniern einerseits und den Oesterreichern andererseits noch ganz unentschieden fort. Bisher hatten sich die Italiener des Rufes großer Tapferkeit nicht eben zu erfreuen; aber in ihrem jetzigen Befreiungskampfe erwerben sie sich die Achtung aller Völker. — In Rom ist der Papst in Gefahr abgesetzt zu werden oder freiwillig die Regierung niederzulegen. Er sträubt sich nämlich dagegen, den Krieg an Oesterreich zu erklären; das Volk aber verlangt durchaus diese Kriegserklärung, und in der That haben bereits päpstliche Truppen den Oesterreichern im Kampfe gegenübergestanden. — Die Insel Sicilien hat den König von Neapel des Thrones verlustig erklärt.

In Paris ist endlich die französische Nationalversammlung zusammengetreten. Die bisherige provisorische Regierung hat ihre Thätigkeit beendet, und an ihre Stelle ist vorläufig von der Nationalversammlung ein Direktorium von fünf Mitgliedern ernannt worden, nämlich Lamartine, Ledru-Rollin, Arago, Garnier-Pagès und Marie. — England sucht den Vermittler zwischen Dänemark und Deutschland zu machen. Die Deutschen in Großbritanien und Irland wollen Unterschriften sammeln zum Ankauf eines Kriegsschiffes, das dem deutschen Vaterlande zum Geschenk gemacht werden soll. Die Größe des Schiffes wird natürlich von der Summe abhängen, die zusammenkommt.

Schweden will dem stammverwandten Dänemark ein Hülfskorps senden, das aber nur das eigentlich dänische Gebiet schützen soll.

An die in der vorigen Nummer dieses Blattes mitgetheilten Berichte über die in Berlin herrschende Aufregung wegen der beabsichtigten Zurückberufung des Prinzen von Preußen, knüpfen wir heute noch nachstehende, der schlesischen Zeitung entlehnte Nachrichten:

Berlin, den 14. Mai. — Ich beeile mich noch am Nachmittag nachstehende Zeilen abzusenden, da es möglich ist, daß ich gegen Abend nicht mehr auf die Post gelangen kann, denn wir gehen vielleicht einer blutigen Nacht entgegen. Das Ministerium seinerseits macht heute gleichfalls durch Plakate bekannt, daß es jene verhängnißvolle Maßregel nicht zurücknehmen könne, weil es sonst feig erscheine, und weil es die schon früher von ihm ausgesprochenen Gründe noch immer anerkenne. Die hierdurch hervorgerufene Aufregung wurde nun heute noch vergrößert durch eine polizeiliche Ordonnanz, welche den Verkauf von Broschüren und Flugblättern auf der Straße verbietet. Ein großer Theil des Volks strömt bewaffnet zur Versammlung unter den Zelten. Die Bürger entfernen sich meistens aus ihrem Bezirke, um dem etwaigen Generalmarsche nicht folgen zu brauchen; sie sind meistens unbewaffnet bei den Zelten. Andere haben sich verpflichtet, eventuell dem Ministerium

beizustehen, so wie das Hotel des Prinzen vor Demolirung zu schützen, doch protestiren sie gegen die Zurückberufung. Die Studentenschaft hat einstimmig dem Rufe ihres Commandeurs (Prof. Magnus) bewaffnet die Demonstration abzuhalten, abgelehnt. Nur der Handwerkerverein benimmt sich neutral, will sich an der Demonstration gegen die Minister (denn diese sollen zur Abdankung veranlaßt werden, um weiteres handelt es sich nämlich nicht) nicht betheiligen, was auch sein Commandeur Mügge verschmäht. Das Benehmen des Commandeurs der Bürgergarde wird gelobt, denn er trifft noch keinerlei Anstalten, und soll den Bürger-Compagnien erlaubt haben, sich am Zuge zu betheiligen. Der demokratische Verein zu Breslau hat hier gleichfalls einen Protest an den Straßen angebracht; Ruge und Semrau hat ihn mitgebracht. Derselbe wirkt sehr auf die Gemüther ein. — Abends 10 Uhr. Gegen Abend zog von den Zelten aus eine Deputation, von etwa 20 bis 30,000 Menschen begleitet, nach dem Hotel des Minister-Präsidenten Camphausen, um demselben den Volkswunsch über die Zurückberufungsangelegenheit abermals auszudrücken. Die Bürgergarde ließ die Demonstration ausführen. Die Deputation fand Herrn Camphausen nicht zu Hause, dagegen die Minister Schwerin und Auerswald in seinem Hotel, von welchen sie auch empfangen wurde. Fünf Viertel Stunden dauerte die Unterredung. Die beiden Minister haranguirten das Volk vom Balkon herab. Schwerin, welcher sich für die Festhaltung des Beschlusses am zähesten zeigte, wurde in seiner Ansprache oftmals unterbrochen. Nach 8 Uhr begab sich die begleitende Menge, mit der Deputation an der Spitze, zu den Zelten zurück, wo die Antwort noch einmal im Auszuge mitgetheilt und erläutert wurde. Die sichtbar aufgeregte Volksmasse zur Mäßigung zu ermahnen, war jetzt die Aufgabe der Führer, und es gelang ihnen dieselbe auch vollkommen. Morgen findet wieder eine Volksversammlung statt. Im Laufe des Tages sind sehr viele Plakate zu lesen gewesen, unter diesen auch eines, worin die Zurückberufung schon theilweise zurückgenommen ist, wenigstens ist darin gesagt, daß der Prinz erst in 14 Tagen über Belgien, wo er sich der Gesundheit halber mehrere Tage aufhalten wird, hierher zurückkommen wird. In einem anderen Anschlage verbieten v. Aschoff und Minutoli das Erscheinen in Volksversammlungen mit Waffen. In einem dritten sprechen die Studenten und die Handwerkervereine ihren Willen aus, Person und Eigenthum schützen zu wollen. Die Landwehrmänner berathen heute in Corpore ebenfalls über die Rückkehr des Prinzen.

Bei dieser Mißstimmung gegen das Ministerium ist es wohl unzweifelhaft, daß es nicht länger an der Spitze der Verwaltung bleiben kann. Es sind auch bereits Listen in Berlin im Umlauf, welche die Namen neu zu erwählender Volks-Minister enthalten. Ein Volksministerium thut uns auch noth, denn wie wenig die jetzigen Minister es verstanden haben, die Freiheit und die Rechte des Volkes zu fördern, darf nicht erst auseinandergesetzt werden. Unsere Leser mögen sich nur erinnern, daß schon unmittelbar nach dem 19. März von vielen Städten der Monarchie, insbesondere von den Bewohnern der Städte Cölln a. R. und Breslau die Entlassung des Ministers v. Schwerin verlangt wurde, des Grafen v. Schwerin, welcher den Abgeordneten des Ritterstandes auf dem alten Landtage noch immer nicht vergessen hat, der so wenig das Vertrauen des Volkes genießt, und so wenig von der hohen Bedeutung der Volkssouverainität durchdrungen ist, daß ein Volksfreund in Berlin sich veranlaßt gefunden hat, folgendes Schreiben an die Minister zu senden:

Offenes Schreiben an den Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten Herrn Schwerin von E. Schlivian. Herr Minister! Sie fragten gestern eine Deputation: was das Volk sei? — Wahrhaftig, ich weiß nicht, soll ich Sie ob dieser Frage mehr beklagen, oder soll ich es betrauern, daß in diesem Augenblick ein Portefeuille in Ihre Hände gelegt ist, für welches Sie ein so geringes Verständniß zeigen. **Das Volk, das heutige Volk ist die einzige Macht von Gottes Gnaden;** das Volk ist das Sein des ganzen Staates; das Volk ist die souveraine Gewalt, welche Sie bisher der Verwaltung eines Ministeriums für würdig erachtet hat. Diese Beantwortung ihrer Frage ist so einfach als rechtsbeständig; konnten Sie dieselbe nicht selbst finden, so würden Sie wohl am besten thun, Ihr Mandat in die Hände niederzulegen, welche es Ihnen direct anvertraut haben. Kennen Sie das Volk nicht, können Sie dem Volke auch nicht dienen. Ein Ministerium von Hofschranzen haben wir gehabt, jetzt wollen wir ein Ministerium von Männern der That und des Gedankens. Beklagenswerth nur, daß der Irrthum, in welchem man bis zu diesem Augenblick in Bezug auf Sie befangen war, den Staat gehindert hat, Ihr Amt durch einen Würdigeren zu besetzen.

Von den dem Ministerium in der oben besprochenen Angelegenheit übersandten Protesten theilen wir unseren Lesern folgende mit:

Protest des democratischen Vereins in Breslau.

Hohes Staats-Ministerium!

Das Ministerium hat die Zurückberufung des Prinzen von Preußen beantragt, und der König hat, diesem Antrage Statt gebend, den genannten Prinzen zur Rückkehr veranlaßt. Diese Maßregel ist eine reactionaire, offenbar dem Volkswillen widerstrebende, eine Maßregel, zu der das Ministerium in keiner Weise befugt ist und für die es dem Volke verantwortlich wird. Schon die Gründe, auf welche der Antrag gestützt ist, stellen entschieden die Revolution in Abrede. Man spricht von einem Allerhöchsten Auftrage, mit dem der Prinz nach England gegangen, während alle Welt weiß, daß derselbe vor dem gerechten Zorne des Volkes in den blutigen Märztagen geflohen ist. Das Ministerium scheint vergessen zu haben, daß und wofür am 18ten und 19. März auf den Barrikaden gekämpft worden ist.

Die Rückkehr des Prinzen von Preußen würde der klar ausgesprochenen Meinung des Volkes offenen Hohn sprechen. Das Volk sieht mit Recht in ihm den starren Träger des alten Systems, der jeder Reform widerstrebte, bis die Revolution den unerträglichen Druck abwälzte; es sieht in ihm den Vertreter des alten, volksfeindlichen Soldaten-Regiments, dessen Wiederherstellung und neue Erkräftigung bei seiner Rückkehr das Volk mit Recht fürchtet. Es sieht endlich in ihm den Urheber des Blutvergießens in Berlin, und noch hat man nicht gewagt, den Prinzen in dieser Beziehung amtlich zu rechtfertigen, noch ist dem Willen des Volks, der seinen Palast zum National-Eigenthum erklärt hat, nicht widersprochen.

Das Ministerium ist aber auch nicht befugt, diese Zurückberufung zu veranlassen. Die Entscheidung der Erbfolge-Frage ist lediglich Sache der National-Versammlung, nur diese wird zu bestimmen haben, ob Wilhelm von Hohenzollern den preußischen Thron besteigen soll. Seine Zurückberufung, bevor das Volk durch seine Vertreter gesprochen, heißt der National-Versammlung vorgreifen und die wichtigste Verfassungsfrage willkürlich entscheiden, wenn nicht rechtlich, so doch thatsächlich.

Die unterzeichneten protestiren entschieden gegen die Rückkehr des Prinzen von Preußen und fordern von dem Ministerium, daß es diesem Proteste Folge leiste.

Breslau, den 14. Mai 1848.

Dieser Protest ist in einer am 14. d. Mts. abgehaltenen Volksversammlung mit vielen Tausend Unterschriften bedeckt worden.

Protest des democratisch-constitutionellen Vereins in Breslau.

Hohes Staats-Ministerium.

Mit tiefem Bedauern hat der unterzeichnete Verein, der für die demokratisch-constitutionelle Verfassung mit Aufrichtigkeit und Hingebung wirkt, den Antrag Eines Hohen Staatsministeriums bei Sr. Majestät dem Könige auf Zurückberufung des Prinzen von Preußen vernommen. Der Verein fühlt sich gedrungen, gegen diesen Antrag nach Inhalt und Begründung Protest einzulegen.

Die Stimme des Volkes hat die Entfernung des Prinzen von Preußen gefordert, nur das **Volk** allein durch seine Vertreter kann die Zurückberufung verlangen.

Wir bestreiten die Nothwendigkeit der Mitwirkung eines Mitgliedes des königl. Hauses bei der Vereinbarung der Verfassung, wir erachten jede solche Verbürgung der künftigen Verfassung für überflüssig. Der **Wille des Volkes** ist die sicherste Bürgschaft für die Erhaltung der Verfassung.

Ganz unstatthaft ist es aber, einen Prinzen zur Mitwirkung bei der Vereinbarung unserer Verfassung zu **berufen,** der sich bisher nur als ein entschiedener Gegner aller **der** Grundsätze bekannt hat, auf welche diese Verfassung gegründet werden soll. Der Prinz von Preußen hat bisher noch keine einzige Garantie dafür geboten, daß es **entgegengesetzte** Grundsätze nicht auch ferner verfechten und mit allem Einflusse, der ihm zu

Gebote steht, durchzuführen versuchen werde. Es lastet auf ihm die, durch das Schweigen des Ministeriums begründete Anklage, daß er die Hauptschuld an dem blutigen Kampfe, in welchem die endliche Anerkennung der Rechte des Volks errungen werden mußte.

Wir protestiren dagegen, daß dem Volke Rechte „**eingeräumt**“ werden. Wir erachten die Freiheit für ein dem Volke **gebührendes** Recht. Ueber die Ausübung und Sicherung dieses, dem Volke **niemals** gültig entziehbaren Rechts haben sich seine Vertreter mit der Krone zu vereinbaren.

Wir verwahren uns dagegen, daß irgend ein Punkt der Verfassung, namentlich die Thronfolgeordnung, dieser Vereinbarung durch das Ministerium entzogen werde.

Wir erwarten, daß das Ministerium — aus der Revolution hervorgegangen und durch das Vertrauen des Volkes berufen — in ernste Erwägung ziehe, ob es nunmehr auch dieses Vertrauen noch besitze. Wir überlassen es der jetzt einberufenen Nationalvertretung, sich darüber zu erklären, ob das Volk das Ministerium noch ferner durch sein Vertrauen stützen wolle. Wir unsererseits erklären aber schon jetzt, daß unser Vertrauen geschwunden ist; wir halten den **Rücktritt** des Ministeriums für **nothwendig**.

Breslau, den 14. Mai 1848.

Der demokratisch-konstitutionelle Club.

Pflücker, Vorsitzender. Dyhrnfurth, Secretair.

Viele unserer Leser werden Kenntniß genommen haben, von einem Machwerke, welches gedruckt im Kreise Oels verbreitet worden ist, und das sich die unwürdige Aufgabe gestellt hatte, — einen beim Volke äußerst beliebten Mann, den Grafen Eduard Reichenbach, auf hämische Weise zu verdächtigen. Da dieses Blatt mit den Amtsblättern auf das Land gekommen ist, und auf diese auffallende Weise auf dem Lande Verbreitung gefunden hat, so ist von dem Rittergutsbesitzer Krönig folgendes Schreiben an den Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien gesandt worden:

Den 9. Mai 1848.

Hochlöbliches Ober-Präsidium!

Inliegendes Schmutzblatt, das zu unterschreiben der Verfasser selbst sich geschämt, ist am vergangenen Sonnabend vom Königl. Landräthlichen Amte zu Oels aus mit den Amtsblättern der Regierung zu Breslau an die Landgemeinden versandt worden.

Da der Landrath des Oelser Kreises, wie allseitig anerkannt wird, Zucht und Ordnung im Bereiche seiner Amtswirksamkeit nachdrücklich handhabt, so läßt sich nicht annehmen, daß ein Subaltern-Beamter desselben wider seinen Willen oder Wissen sich erlaubt haben sollte, das Schmutzblatt als Beilage zu den Amtsblättern an die Gemeinden zu vertheilen.

Natürlich hegen die Landleute, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, die Meinung, als sei die Verbreitung des Schmähblattes eine von der Regierung ausgehende.

Daß eine solche Ansicht nicht geeignet ist, die Achtung vor dem Gouvernement in den Augen ehrenhafter Männer zu erhalten, bedarf keiner Versicherung. Ich erlaube mir deshalb Ein Hochlöbliches Ober-Präsidium mit dem gehorsamsten Ersuchen anzugehen:

„eine öffentliche Erklärung zu veranlassen, aus „welcher unzweifelhaft hervorgehe, ob das Land-„räthliche Amt, eventuell die Königliche Regie-„rung Theil habe an der Verbreitung des inlie-„genden Schmähblattes, ferner aber dahin zu „wirken, daß ähnliche Umtriebe von Seiten der „Beamten, welchen die neue Gestaltung der „öffentlichen Verhältnisse nicht gefällt, unmög-„lich gemacht werden.“

Mit der vorzüglichsten Hochachtung rc.

Oels, den 14. Mai 1848.

Heut versammelten sich die Wahlmänner des Kreises Oels im Gasthofe zum Elysium, um ihrem Deputirten, Herrn Rector Mätze in Bernstatt, Petitionen zu überreichen.

Nachdem der Herr Deputirte die Hauptpunkte der Petitionen zur Besprechung gebracht hatte, erwähnte derselbe noch am Schlusse, welch' große Freude ihm dadurch geworden sei, daß ihm die Commune Bernstadt die Summe von 200 Rthlr. zur Disposition gestellt und wie sehr er bedaure, daß dem Deputirten für Frankfurth, Herrn Lehrer Rösler, die Mittel zur Reise nach Frankfurth fehlen.

Auf diese Bemerkung hin beschlossen die wenigen noch anwesenden Wahlmänner, nicht nur bald eine Sammlung für Herrn Lehrer Rösler zu veranlassen, sondern auch in ihren Wahlbezirken schleunigst dahin wirken zu wollen, daß demselben entweder Geldgeschenke oder Vorschüsse gemacht werden und wurde der auch für diese Versammlung gewählte Schriftführer, Wahlmann Lehrer Müller in Oels beauftragt: die Gelder für den Deputirten Herrn Rösler zur Weiterbeförderung in Empfang zu nehmen.

Bei der bald veranlaßten Sammlung betheiligten sich:

		rtl.	sgr.
Herr	Müllermeister Günther in Netsche mit . . .	— rtl.	15 sgr.
=	Bauergutsbesitzer Günther in Ludwigsdorf mit . .	— =	15 =
=	Bauergutsbes. Grottke in Dammer mit . . .	1 =	— =
=	Bauergutsbesitzer Bündig in Gutwohne mit . .	1 =	— =
=	Schmied Pache in Postelwitz mit	— =	10 =
=	Müllermeister Tschapke in Großgraben mit . . .	— =	20 =
=	Gasthofbesitzer Penke in Rathe mit	1 =	— =
=	Scholtiseibesitzer Kümmel in Maliers mit . .	— =	15 =
=	Freistellbesitzer Kunze in Döberle mit . . .	— =	10 =
=	Dekonom Hofrichter in Großgraben mit . .	1 =	— =
=	Lehrer Bilke in Spahlitz mit	— =	10 =
=	Seifensieder Böttcher in Oels mit . . .	— =	10 =
	Latus	7 rtl.	15 sgr.

		rtl.	sgr.
	Transport	7 rtl.	15 sgr.
Herr	Bäcker Gaber in Oels mit	— =	15 =
=	Gerichtsmann Zwirner in Groß-Ellguth . . .	— =	15 =
=	Sattler Mohnhaupt in Juliusburg mit . .	— =	10 =
=	Bauergutsbesitzer Hanke aus Strehlitz mit . .	— =	15 =
=	Müllerm. Gaide in Schwierse mit . . .	— =	10 =
=	Gerichtssch. Mischalle in Patschkei mit . . .	— =	10 =
=	Gastwirth Dalibor in Mühlatschütz mit . .	— =	15 =
=	Müllermeister Gebauer in Zantoch mit . . .	— =	10 =
=	Freigärtner Michaelis in Zessel mit	— =	15 =
=	Kanzlist Jlisch in Oels mit	1 =	— =
	Summa	12 rtl.	10 sgr.

Quittung des Herrn Deputirten, Lehrer Rösler.

Zwölf Thaler zehn Silbergroschen,

den Ertrag einer freiwilligen Sammlung unter den Wahlmännern habe ich als Reise-Unterstützung empfangen. Ich habe nicht Anstand genommen, diese Unterstützung anzunehmen, nicht deßwegen, weil ich derselben bedürftig war (obwohl dies allerdings der Fall war), sondern weil ich mit Freude darin erkannte, wie freiwillige, nicht angeregte Liebe und Theilnahme der Einzelnen da eintrat, wo die zunächst stehende Gemeinde und Behörde sich kalt zurückzog; weil ich auch an diesem Zeichen die Wahrheit bestättigt hat, daß kein Freund treuer und zartfühlender ist als das Volk, das verachtete, das oft geschmähte Volk.

Ich danke den freundlichen Gebern und hoffe zeigen zu können, wie sehr ich ihre Liebe schätze.

A. Rösler,

Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung.

Noch gingen als Geschenk für Herrn Rösler ein:

		rtl.	sgr.
Vom	Herrn Ackerbürger Kurz in Oels	1 rtl.	— sgr.
=	Herrn Freigärtner Brieger in Bogschütz	1 =	— =
	und als Vorschuß von demselben	1 =	— =
	Summa	3 rtl.	— sgr.

welcher Betrag dem Herrn Rösler noch vor seiner Abreise eingehändigt wurde.

Müller, Lehrer in Oels.

Der hiesige Verein der Volksfreunde hat sein früheres sogenanntes Glaubensbekenntniß einer nochmaligen Revision unterworfen, und in demselben mehrere Abänderungen vorgenommen.

Auch hat der Verein bereits vor längerer Zeit ein Statut, welches zugleich die Geschäftsordnung in sich schließt, abgefaßt und dessen Bestimmungen zum Beschluß erhoben.

Das politische Glaubensbekenntniß lautet in seiner jetzigen Fassung wie folgt:

Grundsätze des Vereins der Volksfreunde.

1) Wir wollen an der Gründung und Fortentwickelung der demokratisch constitutionellen Monarchie ehrlich und mit Hingebung arbeiten.

2) Wir wollen, daß das Volk durch den König

und dessen verantwortliche Minister sich selbst regiere. Wir wollen: daß die Gesetze ein Ausdruck des Volkswillens seien, welcher sich durch die Vertreter kund giebt; daß die Berufung der Männer, welche den Staat, die Provinzen und die Kreise verwalten, dem Volkswillen entspreche, daß die Gemeinden und Gesellschaften ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen, ohne Bevormundung durch die Beamten.

3) Wir wollen Unverletzlichkeit des Königs.

4) Wir wollen eine vollständige Vertretung des gesammten Volks in einem ungetheilten Körper, und halten alle bis zur Volksvertretung ergangenen oder noch ergehenden Gesetze für vorläufige.

5) Wir wollen Unverletzlichkeit der Volksvertreter außer um gemeiner Verbrechen willen.

6) Wir wollen:

Gleichheit vor dem Gesetz für Alle, keinen Vorzug der Geburt.

Gleiche Wahlfähigkeit und Wählbarkeit zur Volksvertretung für alle großjährigen und Unbescholtenen, jedoch mit Ausschluß derer, die aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung genießen.

Freies Vereinigungs-, freies Versammlungs-Recht.

Vollständige Rede- und Preßfreiheit.

Schutz der persönlichen Freiheit.

Volksbewaffnung und bedeutende Verminderung der Ausgaben für das stehende Heer.

Ende der Bevorzugung des Offizierstandes.

Pensionen nur bei wirklicher und unverschuldeter Dienst-Unfähigkeit, und nur in einer dem Bedürfnisse entsprechenden Höhe.

Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Schwur-Gerichte, Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes.

Unabsetzbarkeit der Richter, außer nach Urtel und Recht.

Ein Gesetzbuch, welches jeder im Volke verstehen könne.

Aufhebung des Jagdrechts und Abschaffung aller Lasten des Grund-Eigenthums und der Person auf verfassungsmäßigem Wege.

Wir wollen ferner:

keine herrschende Kirche, gleiche Rechte für alle Glaubensbekenntnisse.

Lehr- und Lernfreiheit ohne Einfluß der Kirche.

Volks-Unterricht, ausschließlich auf Kosten des Staats und Verbesserung der Lage des Lehrers.

7) Wir werden kräftig dahin wirken: daß der Lage der Handwerker und Handarbeiter eine ernste und eingreifende Verbesserung zu Theil werde.

8) Wir werden die Freiheit der Wahlen überwachen, und zu Volksvertretern, und zu Aemtern, welche durch Wahl der Gemeinden besetzt werden, Männer vorschlagen, deren Fähigkeit und Gesinnung wir erkannt haben, und für ihre Wahl durch Wort und Schrift zu wirken suchen.

9) Wir werden dahin streben, daß das jetzt gestürzte System nie wieder zur Herrschaft gelange.

10) Wir halten jedes Mittel für Recht, das nicht ungesetzlich oder unehrenhaft ist. Wir erkennen an, daß das Privatleben unangetastet bleiben muß, aber wir erklären: daß der politische Charakter und die Amtshandlungen frei besprochen werden müssen.

11) Wir erkennen an, daß das Volk reif sei.

verantw. Redakteur: E. Wiener, in Vertretung.

An die ländlichen Bewohner der Provinz Schlesien.

Eine große Anzahl von Euch hat sich in Betreff der grundherrlichen Abgaben und Leistungen mit Gesuchen und Beschwerden an Seine Majestät den König und an die Ministerien gewandt. Ich bin beauftragt Euch mitzutheilen, daß alle Eure Gesuche und Beschwerden in ernstliche Erwägung genommen worden sind, und daß Ihr die Beantwortung derselben in den Gesetzen finden werdet, welche bald erlassen werden sollen. Es werden nämlich neue Ablösungs-Gesetze gegeben werden, deren Zweck es sein wird, **Euch die Ablösung auf möglichste Weise zu erleichtern und zu beschleunigen.** Diese Gesetze werden den künftigen Volks-Vertretern vorgelegt werden, nachdem durch die bevorstehende constituirende Versammlung zu Berlin die Staats-Verfassung Preußens vereinbart sein wird. Ihr könnt mit Vertrauen dem Erlaß dieser Gesetze entgegensehen und überzeugt sein, daß die Regierung entschlossen ist Eure Lage zu erleichtern. Demnach erwarte ich, daß Ihr fortan als brave Schlesier Euch ruhig und ordentlich verhalten und den Gutsherren dasjenige entrichten werdet, was sie nach den bestehenden Gesetzen und Rechten von Euch zu fordern haben. Aufwiegler, die Euch durch falsche Vorspiegelungen hintergehen, werdet Ihr unter Euch nicht dulden, sondern der Obrigkeit zur verdienten Bestrafung überliefern.

Sollten aber wider Erwarten, wie es an einzelnen Orten geschehen, Verletzungen der öffentlichen Ordnung und Ruhe oder Gewaltthätigkeiten gegen das Eigenthum und die Person vorkommen, so werde ich mit aller Strenge dagegen einschreiten und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen lassen.

Breslau, den 13. Mai 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien. **Pinder.**